Nr. 341 — XXVII. Jahrgang — Dienstag, 16. Dezember 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die 22 mm breite Grundzeile kostet 90 Pf., die 81 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Stellen- oder Kaufgesuche 10 % Preisermäßigung. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach tarifmäßigen Sätzen. Briefgebühr 30 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annoncenbureaus sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 3.00, vierteljährlich M. 6.00. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2.00, vierteljährl. M. 6.00; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.15 „ „ 6.45. Postbezug im Ausland u. Einzelbezug in den Postämtern. Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.30, nach dem Auslande M. 1.30. Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Verhandlungen zwischen Wien und Prag

Von unserm Id.-Mitarbeiter

Wien, 10. Dezember

Bald nach seiner Rückkehr aus Paris wird sich der Staatskanzler Dr. Renner nach Prag begeben, um über wirtschaftspolitische und finanzielle Angelegenheiten mit der tschecho-slowakischen Regierung zu verhandeln. In Prag ist nämlich — spät, aber dennoch! — ein Umschwung in den Anschauungen der leitenden Kreise hinsichtlich der Beziehungen zu Deutsch-Oesterreich eingetreten. Als noch Dr. Kramarsch und Dr. Rasin die tonangebenden Leiter der Prager Politik waren, war diese von dem Hasse und der Rachsucht gegen Wien erfüllt, den diese Männer ob des ihnen persönlich widerfahrenen Ungemachs — sie wurden beide durch das Wiener Militärgericht als Hochverräter zum Tode verurteilt — nicht ohne Grund gegen Oesterreich erfüllte. Aber dieses Neu-Oesterreich ist nicht Alt-Oesterreich und das jetzige Wien ist nicht das alte, und die genannten tschechischen Führer haben ein großes Unrecht begangen, als sie nicht nur die Prager Politik auf jenen Hass und jene Rachsucht einstellten, sondern auch die Entente-Politik in gleichem Sinne beeinflußten. Diesem Einfluß auf Paris ist zum großen Teil der unmögliche Friede von St.-Germain zuzuschreiben.

Daheim aber war der erste Streich des Finanzministers Raschin, die Gemeinsamkeit der Währung der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie mit einem Hieb zu zerschlagen. Raschin berauschte sich an dem Gedanken des wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruchs Deutsch-Oesterreichs und glaubte seinem Staat gegen alles Mißgeschick gefeit, das aus der unvermittelten und plötzlichen Loslösung eines jahrhundertealten Zusammenhangs entstehen mußte. Die Folgen dieser Politik liegen schon jetzt greifbar zutage. Die Katastrophe der deutsch-österreichischen Krone reißt auch die tschecho-slowakische in den Abgrund der Entwertung. Die derzeitige Prager Regierung beginnt nun, sich, dessen bewußt zu werden, daß die Kramarsch-Raschinsche Politik gegen Wien verfehlt war. Der jetzige tschechische Handelsminister Dr. Heidler und der Minister des Aeußern Dr. Benesch haben in öffentlichen Reden die Geneigtheit zu wirtschaftlichen und finanziellen Auseinandersetzungen mit Oesterreich kundgetan, mit der Begründung, daß die ökonomischen Zusammenhänge zwischen den beiden sich wirtschaftlich ergänzenden Staaten, die durch Jahrhunderte bestanden, nicht gelöst werden dürfen, wenn nicht beide Schaden leiden sollen.

Man hat hier diese Aeußerungen einsichtsvoller tschechischer Staatsmänner mit großer Genugtuung aufgenommen und die Wiener Regierung hat sofort die Initiative zu Verhandlungen in Prag ergriffen. Von Politik im engeren Sinne ist dabei keine Rede, also auch nicht von „Donau-Konföderation". Worum es sich ausschließlich handelt, das ist das Bestreben, zu einem Handelsabkommen zu gelangen, das den jetzigen Absperrungsmaßregeln ein Ende macht, die Freizügigkeit für Personen und Güter wiederherstellt und die Behinderungen des Verkehrs beseitigt. In finanzieller Hinsicht müßten Vereinbarungen über die Bankfrage, über die künftige Währung, über die Aufteilung der Schulden der ehemaligen Monarchie und noch über manches andre getroffen werden. Es ist tief bedauerlich, daß der Umschwung der Meinungen in Prag erst jetzt erfolgt und viel kostbare Zeit verloren ging. Inzwischen ist viel Unheil angerichtet worden, das nicht nur Deutsch-Oesterreich, sondern auch die Tschecho-Slowakei in ihren wirtschaftlichen und finanziellen Grundvesten erschüttert. Hoffentlich ist es nicht schon zu spät, hoffentlich kann der Zusammenbruch, der dem ja nach der Versicherung des Dr. Benesch die Prager Regierung Deutsch-Oesterreich erreichen will, noch aufgehalten werden. In dieser Hinsicht besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen den bevorstehenden Verhandlungen in Paris und den Verhandlungen in Prag.

Die Wiener bitten um eine amerikanische Anleihe

* Wien, 14. Dezember. Wiener Blättern zufolge sandte Bürgermeister Neumann an die Bürgermeister der sieben größten Städte der Vereinigten Staaten Telegramme und bat unter Hinweis auf die in Wien herrschende furchtbare Not das amerikanische Volk um eine Anleihe.

•

Verschärfung der Kohlennot in Wien

× Wien, 14. Dezember. Die Korrespondenz Herzog erfährt von zuständiger Seite, die Kohlenlage ist seit gestern ungünstiger geworden. Bei weiterem Ausbleiben der Kohlenzufuhren werde eine empfindliche Einschränkung des Licht- und Kraftverbrauches zu erwarten sein. Die Eisenbahnen müssen bereits Einschränkungen im Personenverkehr vornehmen.

•

Die Freilassung der österreichischen Gefangenen

* Paris, 14. Dezember. Der österreichische Vertreter in Paris hat in einer Note vom 8. Dezember bei der französischen Regierung die Befreiung der österreichischen Kriegsgefangenen erbeten. In einer zwei Tage später datierten Note teilte der französische Ministerpräsident mit, daß die Regierung entschieden habe, diese Maßnahme zugunsten der österreichischen Gefangenen zu treffen, und ihre Befreiung noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrages zu genehmigen. Den französischen Behörden wurden Anweisungen erteilt, die Heimschaffung der Kriegsgefangenen so rasch wie möglich zu beginnen.

Die Heimkehr der deutschen Malta-Gefangenen

× Kuxhaven, 14. Dezember. Sämtliche, etwa 1100, deutschen Malta-Gefangenen sind wohlbehalten in Kuxhaven eingetroffen. Sie wurden nach dem Lager Lechfeld weiterbefördert, wo die Entlassung unverzüglich erfolgen wird.

Die deutsche Note in Paris

Die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Note der Entente ist, wie Havas meldet, der deutschen Delegation in Paris zugegangen. Da Entzifferung und Uebersetzung einige Zeit in Anspruch nehmen werden, dürfte die Antwort wahrscheinlich nicht vor Montag morgen dem Generalsekretariat der Friedenskonferenz überreicht worden sein. Heute wird voraussichtlich die Note im Alliierten-Rat besprochen werden:

* Genf, 15. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nach Pariser Meldungen vom Sonntag war Clemenceau bis Sonntag mittag nicht aus London nach Paris zurückgekehrt. Infolgedessen wurde die Sitzung des Alliierten Rates, in der die deutsche Antwortnote zur Kenntnis gebracht werden sollte, auf Montag verschoben. — „Homme libre" schreibt, wenn die deutsche Antwortnote tatsächlich nur den Inhalt hätte, den deutsche Zeitungen behaupteten, so sei sie für Frankreich unannehmbar. Auch zu Verhandlungen gebe sich Frankreich nicht her, es sei denn über Nebenfragen. Die militärische Bereitschaft der Franzosen wird bis zur Entscheidung über die Note aufrechterhalten. Nach Pariser Meldungen hat der französische Kriegsminister am 13. Dezember die Wiedereinrückung der Jahrgänge 1899 und 1900 zu vorübergehender Dienstleistung angeordnet.

•

Die Wiederaufnahme des Handels

* Genf, 15. Dezember. Der französische Ministerrat beschloß, der Kammer einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, daß alle gegen das bisherige feindliche Ausland bestehenden Einfuhrbeschränkungen und Kontrollmaßnahmen vom Tage der Ratifizierung des Friedens an beseitigt werden. Mit Rücksicht auf den Stand der Valuta soll die Einfuhr aus den Ländern, deren Geld niedriger als das der Franzosen steht, nur noch mit dem regelmäßigen Einfuhrzoll belegt werden, ohne jede andre Einschränkung oder Kontrolle.

•

Die Aufhebung der Rationierung im besetzten Gebiet

w. Mainz, 15. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der oberkommandierende General der Rhein-Armee, General Degoutte, hat zwei Verordnungen erlassen, die für die Warenausfuhr aus den besetzten Gebieten von außerordentlicher Tragweite sind. Die erste verbietet die Schwarzschlachtungen und die Viehschieberei. Jeder, der mehr als ein Kilogramm Fleisch ins unbesetzte Gebiet bringt, muß mit einem Erlaubnisschein der französischen Behörde versehen sein. Zuwiderhandlungen werden durch die französischen Militärgerichte bestraft. In der zweiten wird die Erfassungs- und Rationierungsvorschrift der deutschen Regierung für die aus den alliierten Ländern eingeführten Waren für den Bereich des besetzten Gebietes außer Kraft gesetzt. Diese Verordnung bedeutet die Aufhebung des Zwangswirtschaftsystems und Rückkehr zum freien Handel, wenigstens für die eingeführten Waren. Jeder kann damit frei handeln, sofern die Waren verzollt sind. Die Folge dieser Anordnung dürfte eine stark anschwellende Einfuhr sein, die natürlich auf den Stand des Markkurses nicht ohne Einfluß bleiben wird.

•

Die Absonderungspropaganda der Franzosen

w. Wiesbaden, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Franzosen zeigen wieder einen ganz besonderen Eifer für die Sache der Rheinischen Republik. Jetzt sind aus politischen Gründen haftfrei den Arzt Dr. Wilhelm Cuno, den Vorsitzenden des Volksausschusses, der besonders die Sonderbündler bekämpft, verhaftet. Gleichzeitig fanden Haussuchungen in dem Parteibureau der Demokratischen Partei statt, dessen Geschäftsführer einen Tag in Haft gehalten wurde. Bei einer weiteren Haussuchung des Parteisekretärs Dr. Weckß wurde das Material, was sich auf die Rheinische Republik bezieht, beschlagnahmt.

Das deutsch-belgische Wirtschaftsverhältnis

× Brüssel, 14. Dezember. (Havas.) Das Amtsblatt gibt bekannt, daß jede Zahlungsannahme und im allgemeinen jeder Verkehr zwischen Gläubigern belgischer Nationalität und Schuldnern deutscher Nationalität vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des Friedensvertrages ab untersagt ist, sofern sie nicht durch ein belgisches Prüfungs- und Ausgleichungsamt gemacht wird. Jedes Rechtsgeschäft wegen der Zahlung feindlicher Schulden auf belgischem Gebiete ist verboten, mit Ausnahme der im Zusatz zum Artikel 296 des Friedensvertrages vorgesehenen Fälle.

Wie der „Solr" mitteilt, streiten sich nicht weniger als sechs Finanzgruppen um den Erwerb des beschlagnahmten Warenhauses Tietz in Brüssel. — Die Kohlengrube Wandré, die versuchsweise verstaatlicht werden soll, ist Eigentum der Aachener Familie Suermondt. Die gesamten Kempenländer Gruben sollen, wenn der Versuch gelingt, verstaatlicht werden. Es handelt sich hier um Konzessionen von 38 000 Hektar deren Tagesförderung im Oktober 17 816 Tonnen betragen hat. — Das erste deutsche Schiff seit Beendigung des Krieges ist im Hafen von Ostende angekommen.

Nationalistensieg bei den französischen Gemeindewahlen

* Genf, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Havas-Meldung haben die Gemeinderatswahlen in Frankreich, die vom 1. bis 10. Dezember vor sich gegangen sind, einen großen Sieg des nationalen Blocks gebracht. In Paris werden 48 Kandidaten des nationalen Blocks gegen 25 Sozialisten gewählt, in Marseille 42 Kandidaten des nationalen Blocks gegen 28 Sozialisten, in Lyon 90 Nationale gegen 22 Sozialisten, in Bordeaux 40 Nationale gegen 13 Sozialisten.

Die englischen Dokumente

* Rotterdam, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Wie Londoner Blätter melden, beantragte die englische Arbeiterpartei im Unterhaus die Veröffentlichung der englischen Dokumente zum Kriegsausbruch, um die die Schuld Deutschlands beweisenden deutschen Veröffentlichungen zu unterstützen. Die Regierung wird noch vor Weihnachten zu diesem Antrag Stellung nehmen.

Berliner Massenversammlungen

(Eigener Drahtbericht.)

+ Berlin, 15. Dezember

Berlin stand am gestrigen Sonntag wieder einmal im Zeichen der Massenversammlungen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die die Marloh-Affäre schon seit Monaten zur Bearbeitung der Massen in ihrem Sinne benutzt, ließ es sich gestern nicht nehmen, den Ausgang des Marloh-Prozesses für ihre Zwecke zu verwerten. In 67 Massenversammlungen in allen Stadtteilen Berlins, die unter der Parole „Marloh und seine Mitschuldigen" einberufen waren, benutzten die Referenten den Ausgang des Prozesses, besonders die Vorgänge in der Französischen Straße, wie auch die Kämpfe im Januar und März in ausgiebigster Weise, um eine heftige Agitation gegen Noske, Reinhard, Lüttwitz und andre Truppenführer zu eröffnen. Besonders scharf richtete sich die Hetze gegen den Reichswehrminister und den Obersten Reinhard. In einer Versammlung im Börsensaal des Viehhofes bezeichnete der Referent Nobold den Reichswehrminister Noske, sowie Reinhard und Kessel als die alleinigen Schuldigen an der Matrosenermordung und an den Märzunruhen. Alle drei gehörten in das Untersuchungsgefängnis und dann ins Zuchthaus. Aber auch die Regierung, die Nobold als Schieberregierung bezeichnete, blieb nicht ungeschoren. Er führte aus, daß die Regierung schuld daran sei, daß noch Tausende von deutschen Volksgenossen in Feindesland schmachten müssen, weil die Regierung sich weigere, Arbeitskräfte für den Wiederaufbau nach Frankreich zu senden. Solche Arbeitskräfte erblickte der Redner in dem deutschen Offizierkorps, das man mit Ludendorff und Noske an der Spitze in das zerstörte Gebiet senden solle. In einer andern Versammlung in Wilmersdorf kam auch die Einigungsfrage zwischen U. S. P. D. und der S. P. D. zur Sprache, die der Redner Dr. Moses, der für den früheren Justizminister Dr. Kurt Rosenfeld einge-gangen war, für unausführbar hielt, solange sich in der sozialdemokratischen Partei Männer wie Scheidemann und Noske befänden. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satze: Erst Reinigung, dann Einigung. Sämtliche Versammlungen, die die „Freiheit" als den Ausdruck des Vertrauens der arbeitenden Bevölkerung Berlins für die U. S. P. D. bezeichnete, verliefen ohne jeden Zwischenfall.

Auch die Kommunistische Partei hielt zwei öffentliche Versammlungen ab, ihre ersten nach Aufhebung des Belagerungszustandes, die jedoch so schwach besucht waren, daß die Säle kaum zur Hälfte gefüllt wurden. Die beiden Redner, Frau Zetkin und Paul Levi, konnten infolge Zugverspätung nicht rechtzeitig erscheinen, so daß andre Sprecher für sie eintreten mußten. Ein Herr Kunze verlangte unter großem Lärm, daß die U. S. P. D. in das Parlament gehen soll und sprach die Hoffnung aus, daß es den Kommunisten gelingen werde, den linken Flügel der U. S. P. D. in ihr Lager hinüberzuziehen, was erneut Lärm verursachte. Auch diese Versammlung hatte keinerlei Ruhestörung zur Folge. — Ein Einschreiten der Sicherheitspolizei mußte jedoch bei einer Kundgebung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer im Lehrervereinshaus erfolgen. In dieser Versammlung, die einen Protest gegen Hindenburgs Worte von der hinterrücks erfolgten Erdolchung des Heeres durch die Heimat darstellen sollte, hatten sich auch mehrere Offiziere mit etwa 80 Reichswehrsoldaten und Baltikumkämpfern eingefunden. Diese beabsichtigten eine Gegendemonstration. Auffällig war, daß auch die heimgekehrten Baltikumkrieger mit Seitengewehren und Revolvern bewaffnet waren, was große Unruhe unter den Versammelten hervorrief, zumal bekanntgegeben wurde, daß die Offiziere die Referenten erschießen wollten. Von beiden Seiten kam es zu fortgesetzten Störungen der Versammlung, die schließlich zu einem Tumult auswuchsen, der den Versammlungsleiter veranlaßte, den Schutz der Sicherheitspolizei in Anspruch zu nehmen. Der Offizier eines telephonisch herbeigerufenen Sicherheitstrupps verlangte von den anwesenden Soldaten, daß sie entweder ihre Waffen in der Garderobe abgeben oder den Saal verlassen sollten, was von diesen aber nur zum Teil befolgt wurde. Daraufhin drang die Reichswehr in den Saal und es gelang ihr, durch ruhiges und taktvolles Verhalten die Reichswehr- und Baltikum-Soldaten zum Verlassen des Raumes zu bewegen. Unter Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" und unter Hochrufen auf Ludendorff räumten die Demonstranten das Haus, worauf die Versammlung ihren ungestörten Fortgang nahm.

•

Mehrheitssozialisten gegen Noske

* Berlin, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In mehreren mehrheitssozialistischen Versammlungen in Berlin ist am Sonnabend und Sonntag von den Rednern die Entfernung Noskes vom Reichswehrministerium verlangt worden. In einer Versammlung in Pankow sprach ein mehrheitssozialistischer Redner, das Verbleiben Noskes im Amt nach den Enthüllungen des Marloh-Prozesses bedeute einen täglichen Verlust von mindestens 1000 überzeugten Parteiangehörigen.

Das neue polnische Kabinett

× Wien, 14. Dezember. Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphenagentur aus Warschau ist gestern das neue Kabinett in folgender Zusammensetzung gebildet worden: Präsidium: Abgeordneter Skulski, Auswärtiges: Wojciechowski, militärische Angelegenheiten: Generalleutnant Sosnkowski, Finanzen: Abg. Gracke, Kultus und Unterricht: Lopuszanski, Ministerium für gewesene preußische Bestätigte: Abg. Sudan. Die Ernennung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten sowie des Ministers für öffentliche Gesundheit wird später erfolgen. Bis zur Ernennung dieser beiden wird Dr. Wroblewski mit der Leitung dieser Ministerien betraut werden.

Der Demokratische Parteitag

Leipzig, 14. Dezember

Mit vierzig Minuten Verspätung und einem kleinen Zwischenfall haben die eigentlichen Verhandlungen der Demokratischen Partei am Sonnabend begonnen. Den Krachenfall führte ein Eigenbrötler herbei, der glaubte, das Recht zu haben, im Namen einer demokratischen Sondergruppe auf eigene Faust Flugzettelpolitik treiben zu dürfen, und entrüstet war, als er erfuhr, daß ihm der Parteivorsitzende Petersen dies Recht absprach. Nach diesem kleinen auffrischenden Ereignis flossen die Verhandlungen in den üblichen, ruhigen Bahnen weiter, ohne besondere Vorkommnisse, doch mit einem unverkennbar neuen richtunggebenden Ton oder richtiger mit der entschiedenen Verlegung des stärksten Tones auf einen besonderen Punkt des Programms, auf den Nationalismus. Hierin liegt die Zukunft — Anwachsen oder Zerfall der Partei.

Ungeleugnet ist, daß seit den Tagen der Hochflut des demokratischen Gedankens, der nach dem Zusammenbruch eintrat, nun, nachdem er seine Schuldigkeit getan hat und dafür sorgte, daß Ruhe und Ordnung wiedergewonnen wurde und die Reichseinheit gewahrt blieb, daß nun eine Abwanderung von der Demokratischen Partei eingetreten ist zu den das Nationale lauter betonenden Parteien der Rechten. Diese Tatsache wird von der Partei deutlich empfunden, sie drückt dem ersten Teil der Tagung, der Beratung über die politische Lage und die Stellungnahme der Partei zu ihr, deutlich den Stempel auf.

Der Vertreter Leipzigs, der Abg. Höpfel, der die Demokraten im Namen der Stadt willkommen hieß, sprach den Gedanken aus, daß uns aus der Stillosigkeit unsres Parteilebens vor allem eines retten könne, eine Parteireligion, die bis jetzt der Demokratischen Partei fehle. Wenn er damit meint, daß den Massen eine über das rein Verstandesmäßige wie über die Interessenpolitik hinausgehende innere demokratische Ueberzeugung eingehaucht werden müsse, so daß sie nicht nur mit dem Kopfe, sondern auch mit dem Herzen Anhänger der demokratischen Idee werden, hat er gewiß recht. Gefährlich aber ist die Ansicht, daß dieses Ziel durch ein parteipolitisches Betonen des Nationalismus gefördert oder gar erreicht werden könne, wie es anscheinend heute der Fall war. Der Nationalismus, wie ihn die rechtsstehenden Parteien vertreten, ist nichts weiter als ein Parteiprogrammpunkt. Er ist lediglich Mittel zum Zweck, wie zum Teil auch der Sozialismus der linksstehenden Parteien. Der Nationalismus der Demokratie muß etwas von innen Geborenes, etwas Selbstverständliches sein, das zu besitzen keinen Grund zu besonderem Stolz gibt, das nicht zu besitzen in der Volksgemeinschaft einfach undenkbar ist. Gertrud Bäumer sagte gestern ungefähr: Den besten Nationalismus besitzt die wahre Demokratie, der wahre Volksstaat, in dem alle für alle verantwortlich sind. Hier liegt die Möglichkeit, den wahren Nationalsinn großzuziehen! Lehrt jeden, sich als vollwertigen, vollverantwortlichen Volksgenossen fühlen, und achtet ihn vor allem als solchen. Dann wird sich jeder mit Stolz und Bewußtsein als Deutscher fühlen. In der Durchführung der wahren Demokratie liegt der Weg zum rechten Nationalsinn, nicht aber in der parteipolitischen Betonung eines Nationalismus, der gar zu leicht falsch verstanden und mißdeutet wird und in die Bahn der nicht rühmlich bekannten Nationalliberalen Partei zurückführen müßte.

Die innerpolitischen Gefahren, die ein Partei-Nationalismus birgt, sind unabsehbar, nicht geringer aber sind die Gefahren in der Außenpolitik. Nichts ist gefährlicher als, wie Reichsminister Koch in seinem Referat zur politischen Lage ausführte, es den Deutschnationalen gleich zu tun, die die französische Revanchepartei umgedreht haben und von der Revanche „immer reden, aber nie etwas dabei denken". Es ist deshalb vom Standpunkt der Demokratischen Partei nicht zu begrüßen, daß die Debattenredner, die darauf hinwiesen, daß wir eine Versöhnung mit Frankreich anbahnen müssen, daß sie möglich ist, mehr Widerspruch als Beifall fanden. Die augenblickliche Haßstimmung in Frankreich ist nicht für alle Zukunft maßgebend. Sie ist nur zu erklären aus den unermeßlichen Leiden des Krieges und der aufreizenden Wirkung der noch bestehenden grenzenlosen Verwüstung Nordfrankreichs. Der Siegestaumel muß verfliegen, der Haß wird sich selbst auffressen. Ewig wird bleiben die gemeinsame Grenze und das „Aneinander-angewiesen-sein" der mitteleuropäischen Völker, zu denen auch Frankreich gehört. Aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten muß einmal die Annäherung der beiden Völker und in ferner Zukunft auch einmal die Versöhnung kommen. Die Möglichkeit und Stimmung hierfür vorzubereiten, auch wenn auf der Gegenseite wenig oder gar kein Entgegenkommen zu finden ist, ist die Sache jeder wahren Demokratie. Dieser Aufgabe darf sich auch die Deutsche Demokratische Partei nicht entziehen.

Hoher Idealismus tut uns not, wenn wir über diese schrecklichen Zeiten hinwegkommen wollen, sagte Gertrud Bäumer. Diesen Idealismus haben wir aber nicht nur in der inneren, sondern auch in der äußeren Politik nötig. Wir müssen glauben an die Macht völkerversöhnender Gedanken, an die Möglichkeit eines echten Völkerbundes, der für uns das Heil bringen kann. Eine Idee, die von Anhängern verlassen wird, die nirgends Glauben findet, muß verkümmern. Wir sind das Volk, das am meisten Grund hat, den Völkerbundgedanken zu pflegen. Wir dürfen dieses mißhandelte Kind eines gewaltsamen Friedens nicht im Stich lassen, weil wir damit Großes für unsre Zukunft aufgeben würden. Liebe Friedrich Naumann, der große Idealist, noch, er, dessen Geist heute so oft zitiert wurde, der Völkerbundgedanke hätte sicher einen unen-